

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe IV/2010

Jahrgang 43

Konzentration der Insolvenzgerichte vorerst vom Tisch

Die überraschende Neuigkeit einer geplanten Konzentration der Insolvenzgerichte in Bayern von 29 auf nur noch acht Standorte seitens des Justizministeriums, veranlasste den Landesverband, umgehend mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Seehofer und die Staatsministerin für Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Merk, sowie die Landtagsfraktionen, zu reagieren. Die geplante Konzentration wurde vehement abgelehnt. Dem zeitgleichen enormen Engagement einiger Bezirksverbände, dem Einsatz vieler Politiker und Insolvenzverwalter und nicht zuletzt der weiteren Mitwirkung des Landesverbands ist es zu verdanken, dass die Pläne zur Konzentration der Insolvenzgerichte zunächst nicht weiter verfolgt werden.

Ganz vom Tisch sind sie jedoch noch nicht. Zumindest bei Inkrafttreten der Änderung der Insolvenzordnung, durch das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen, dessen Diskussionsentwurf derzeit vorliegt, besteht die Gelegenheit wieder über Konzentrationen nachzudenken. Dann jedoch unter frühzeitiger Mitwirkung des Verbandes, über die wir berichten werden.

Wieder einmal hat sich gezeigt, wie wichtig Verbandsarbeit auf allen Ebenen ist und was sie bewirken kann. Wir können uns nun wieder darauf konzentrieren, mit

Hilfe des Bundesverbands, die noch immer geplante Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare zu verhindern.

Peter Hofmann

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Konzentration der Insolvenzgerichte S. 1
- ◆ Gespräch mit Abgeordneten der CSU S. 2
- ◆ Vorstellungsgespräch beim Amtschef Dr. Schön S. 3
- ◆ Der Bundesvorsitzende legt Amt nieder S. 4
- ◆ Gespräch mit BBB Vorsitzendem Habermann S. 4
- ◆ Haushaltseingabe zum Doppelhaushalt 2011/2012 S. 4
- ◆ BV Würzburg und die Dienstrechtsreform S. 5
- ◆ Gespräch mit MdB Thomas Silberhorn S. 5
- ◆ Forum BV Würzburg S. 6
- ◆ Ministerialrat Zwerger und Landgerichtspräsident Dr. Stadler zu Gast beim BV Traunstein S. 6
- ◆ Gemeinsame Liste Justiz bei Personalaratswahlen 2011 S. 7
- ◆ BV Landshut auf Fortbildung S. 8
- ◆ Vorstellung Vorstandsmitglieder: hier: Christine Hofstetter S. 9
- ◆ **Neujahrsrätsel 2011** **S. 10**
- ◆ Diverses S. 11

CSU-Abgeordnete sprechen sich gegen eine Übertragung von Aufgaben der Nachlassgerichte auf Notare aus

Bei dem ersten Kontakt zwischen dem neuen Landesvorsitzenden Peter Hof-



Abgeordnete aus dem Arbeitskreis für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, mit der Vorsitzenden Frau MdL Petra Guttenberger und den Vertretern des VBR Christine Hofstetter und Peter Hofmann

mann und Vorstandsmitglied Christine Hofstetter mit den Mitgliedern des CSU-Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, sprachen sich die Abgeordneten deutlich gegen eine Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare aus; ein entsprechender Antrag zur Abstimmung im Landtag sei gestellt.

Auch habe man den im August gestellten Antrag zur Zuständigkeitskonzentration der Insolvenzgerichte zurückgenommen, so AK-Vorsitzende MdL Petra Guttenberger. Gleichwohl seien Konzentrationen notwendig, um Fachwissen zu bündeln und Richter und Rechtspfleger in diesem Bereich mit mehr Arbeitskraft und dauerhafter einsetzen zu können.

Letzteres sei wohl eher eine Frage ausreichenden Personals, erwiderte Peter Hofmann. Im Übrigen wichen die Vorstellungen, welche mit dem gestellten Antrag verbunden waren, stark von der täglichen Gerichtspraxis ab. Hier werden in einem stark formalisierten Verfahren Unternehmen abgewickelt bzw. Verbraucherinsolvenzen durchgeführt. Dies funktioniere sehr gut und es sei unverständlich, dass wegen einiger weniger Großinsolvenzen, gleich die gesamte Gerichtsorganisation

geändert werden soll, so der Verbandsvorsitzende, zumal dem Insolvenzverwalter bzw. der Gläubigerversammlung die Entscheidungsbefugnis in diesem Verfahren zustehe. Wenn etwas anderes gewollt sei, müsse zunächst das Gesetz geändert werden. Im Falle eines staatlichen Insolvenzverfahrens wären die Überlegungen des Arbeitskreises wohl durchaus angebracht.

Christine Hofstetter stellte aus ihrer eigenen Praxis als Insolvenzrechtspflegerin dar, dass nicht alles im schriftlichen Verfahren abgewickelt werde. Bei vielen Insolvenzgerichten durchaus vorhandene Kontakte zu wichtigen Gläubigern, wie dem Finanzamt, der Agentur für Arbeit oder der AOK, würden durch eine Zuständigkeitskonzentration erschwert bzw. kämen zum Erliegen.

Übereinstimmend gelangten die Gesprächsteilnehmer zu der Ansicht, dass eine Zuständigkeitskonzentration auf Landgerichtsebene geprüft werden könne. Die Reduzierung der Insolvenzgerichtsstandorte auf acht Gerichte in Bayern, war auch vom Arbeitskreis nie gefordert worden, so Guttenberger. Alle Beteiligten wünschten sich für die Zukunft einen regelmäßigen Informationsaustausch.

Peter Hofmann

Vorstellungsgespräch bei Dr. Schön, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Justiz und Verbraucherschutz

Am 26.08.2010 traf sich die neugewählte Vorstandschaft mit dem Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Walter Schön sowie dem Personalreferenten Ministerialdirigenten Peter Küspert.



v.l. Kammermeier, Raab, Saffert, Hofstetter, Schmid, Dr. Schön, Simon, Hofmann, Küspert

Als wichtigstes Anliegen des Verbandes wurde die Verhinderung der Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare genannt. Dass es in nächster Zeit hierzu komme, wurde von Herrn Dr. Schön wegen der erforderlichen Grundgesetzänderung für wenig wahrscheinlich gehalten. Zu gegebener Zeit könne unter Umständen auch über die Verbandsforderung nachgedacht werden, den Richtervorbehalt in diesem Verfahren entfallen zu lassen. Herr Küspert bescheinigte den Rechtspflegern in diesem Bereich die nötige Fachkompetenz, während er bei den Handelsregistersachen, angesichts der komplexen und damit schwierigen Materie eine Vollübertragung auf den Rechtspfleger als eher problematisch bezeichnete.

Der Bitte des Landesvorsitzenden Peter Hofmann nochmals die Erfahrungen anderer Bundesländer mit dem erfolgten Gebrauchmachen von der Öffnungsklausel des § 19 RpflG abzufragen, wolle man Mitte nächsten Jahres nachkommen. Umfangreiche Übertragungen vom Rechtspfleger auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle nach § 36 b RpflG seien derzeit nicht beabsichtigt.

Bezüglich der Haushaltsverhandlungen erwartet Dr. Schön den nächsten Doppelhaushalt als den bisher Schwierigsten. Stellen und Stellenhebungen seien gefordert, das Ergebnis derzeit aber offen. Zur Ausgestaltung der Vorgaben im Neuen Dienstrecht wären weitere Beförderungen notwendig. Hier betonte der Landesvorsitzende, dass bei neuen Beförderungsstellen

vor allem die Engpässe in den Besoldungsstufen A 10 und A 11 beseitigt werden müssten.

Die Beurteilung für 2011 werde nach dem bisherigen System stattfinden; danach wolle man sich Gedanken machen, wie die Öffnungsklausel im Neuen Dienstrecht genutzt werden könne.

Peter Hofmann bedankte sich abschließend für das Gespräch und hob hervor, dass der bisherige offene und vertrauensvolle Meinungs-austausch gerne auch weiterhin gepflegt werde.

Claudia Kammermeier

Bundsvorsitzender legt Amt nieder!

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) **Peter Damm** hat sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zum 30. September 2010 niedergelegt. Damm, der zuvor mehrere Jahre der Bundesleitung des BDR angehörte, wurde beim 32. Deutschen Rechtspflegertag 2008 in Potsdam mit überwältigender Mehrheit zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er hatte mit viel Engagement und neuen Ideen seine erfolgreiche Verbandsarbeit für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger fortgesetzt. In Bayern war er mehrfach Gast beim Rechtspfleger-Dämmerschoppen in Coburg. Der Präsidiumssitzung des BDR vom 03. bis 06. November 2011 in Weimar kommt nunmehr die schwierige Aufgabe zu, eine geeignete Nachfolgeregelung zu treffen. Der Verband Bayerischer Rechtspfleger dankt Peter Damm für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Mit BBB-Vorsitzendem Rolf Habermann im Gespräch

Landesvorsitzender Peter Hofmann stellte anlässlich seines Vorstellungsbesuchs beim Bayerischen Beamtenbund (BBB) die Schwerpunkte der Tätigkeit des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger (VBR) dar. Mit BBB-Chef Rolf Habermann erörterte er die besondere Situation der Rechtspfleger und erläuterte, dass Sparmaßnahmen, wie z.Bsp. die beschlossene Wiederbesetzungssperre, die Justiz und hier vor allem auch die Rechtspfleger, besonders hart treffen würden, da diese sowieso einen vergleichsweise schmalen Haushalt habe. Nach dem „Rasenmäherprinzip“ alle Ressorts gleich zu beschneiden, lehnte der VBR-Vorsitzende ab. Einig war man sich im Gespräch über das neue

Dienstrecht, dass trotz schwieriger Finanzlage des Staates, die notwendigen Mittel zu dessen Umsetzung bereitgestellt werden müssen.



v.l. Peter Hofmann, Rolf Habermann

Peter Hofmann betonte, dass die Rechtspfleger sich im BBB gut aufgehoben und betreut fühlten; Austrittsbestrebungen, wie sie aus anderen Bundesländern bekannt wurden, erteilte er eine klare Absage. Mit der Absichtserklärung einen regelmäßigen Gedanken- und Meinungsaustausch zu pflegen, ging man auseinander.

Haushaltseingabe des Landesverbands zum Doppelhaushalt 2011/2012

Der Landesverband hat in seiner Haushaltseingabe zum Doppelhaushalt 2011/2012 eindringlich auf die nach wie vor bestehende schwierige Personalsituation im Rechtspflegerbereich hingewiesen und zusammenfassend gefordert:

◆ **Die Schaffung von vierzig zusätzlichen Rechtspflegerstellen je Haushaltsjahr als ersten Schritt zum Abbau der Unterbesetzung im Rechtspflegerbereich.**

◆ **Die Verbesserung der Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten durch weitere Stellenhebungen.**

Die Dienstrechtsreform – (k)ein Buch mit sieben Siegeln

Auf Einladung der Bezirksverbände Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg kamen die Herren Ministerialräte Dr. Schulz und Zwerger nach Würzburg, um Justizmitarbeiter aller Laufbahngruppen zur Dienstrechtsreform, die am 01.01.2011 in Kraft treten wird, zu informieren.

Dabei wurden u.a. auch die neuen Amtsbezeichnungen und das System der modularen Qualifizierung vorgestellt, das den bisherigen Aufstieg ablösen wird.

Es wurde deutlich, dass die Rechtspfleger künftig noch stärkerem Druck von Kollegen der zweiten Qualifikationsebene ausgesetzt sein werden und der VERBAND bei diesem Thema wachsam sein muss.



Ein Blick auf die Zuhörer

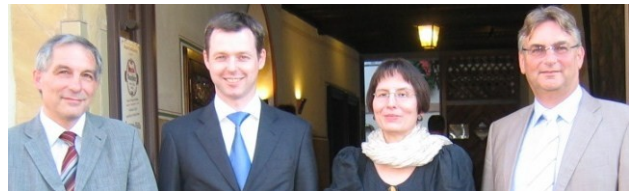
Positiv ist zu vermerken, dass die Vertreter des Ministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz u.a. den Beförderungsstau von A 10 nach A 11 erkannt haben und bei den Haushaltsverhandlungen versuchen werden, Strukturverbesserungen herbeizuführen.

Nach zwei Stunden, die im Flug vergangen sind, fühlten sich alle gut aufgeklärt und sind nun auf die konkrete Umsetzung des über 600 Seiten starken Gesetzeswerks ab Januar 2011 gespannt.

Christine Hofstetter
für den Bezirksverband Würzburg

Gespräch mit MdB Thomas Silberhorn

Bei einem Treffen mit dem Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags MdB Thomas Silberhorn, Bamberg, fragten Landesvorsitzender Peter Hofmann, stellvertretende Vorsitzende Tanja Raab und Ehrenvorsitzender Kurt Rosemann nach dem aktuellen Stand der Dinge in Sachen „Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare“. Derzeit sei dieses Thema nicht auf der Tagesordnung, meinte MdB Silberhorn, im Übrigen sehe er auch die Notwendigkeit einer Grundrechtsänderung, was es eher erschwere diese Gesetzesvorlage zu verabschieden.



v.l. Peter Hofmann, MdB Thomas Silberhorn, Tanja Raab, Kurt Rosemann

Auf die geplante Konzentration der Insolvenzgerichte in Bayern angesprochen, bemerkte er, Sympathie für Konzentrationsbestrebungen in diesem Bereich zu haben. Letztlich müsse dann wohl auch genau hingeschaut werden, welche Auswirkungen dies mit sich bringe.

Kurt Rosemann regte die Vollübertragung der Insolvenzsachen auf die Rechtspfleger an; zumindest wären die Verbrauchersolvenzen problemlos voll übertragbar. Der Bundestagsabgeordnete nahm dies interessiert zur Kenntnis.

Peter Hofmann

forum Deutscher Rechtsfachwirte e.V. tagt vom 05. bis 07. Mai 2010 in Würzburg

Anlässlich des Jahrestreffens des forums Deutscher Rechtsfachwirte e.V. in Würzburg fanden in Kooperation mit dem Würzburger Anwaltverein e.V. und dem Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. eine gemeinsame Fortbildungsreihe u.a. zu den Themen „Prozess- und Beratungshilfe“, „Zwangsvollstreckung und Insolvenz“ und ein Workshop zum Thema „Konflikte“ mit kompetenten Referenten statt. Spannend war, sowohl die Interessen der Gerichts- und der Anwaltsseite zu verschiedenen Problemfeldern kennenzulernen und gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Positionen zu gewinnen. Sogar am arbeitsfreien Samstag kamen Kollegen aus dem Landgerichtsbezirk Würzburg und Schweinfurt zusammen, um sich fortzubilden. Auch beim gemeinsamen Rahmenprogramm in Form einer Sektprobe und bei einer Stadtführung konnte man sich miteinander austauschen und Kontakte pflegen. Sicher war dies nicht die letzte gemeinsame Fortbildungsveranstaltung!

Christine Hofstetter
für den Bezirksverband Würzburg

Ministerialrat Zwerger und Landgerichtspräsident Dr. Stadler zu Gast beim Bezirksverband Bayerischer Rechtspfleger, Traunstein

Bei bestem Biergartenwetter trafen sich Rechtspfleger aus den Amtsgerichtsbezirken Altötting, Laufen, Mühldorf am Inn, Rosenheim und Traunstein zur Mitgliederversammlung in der Landbrauerei Schönram. Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger freute sich, unter den vielen

Gästen den Ministerialrat Andreas Zwerger vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, den Präsidenten des Landgerichts Traunstein, Dr. Rupert Stadler, sowie den Direktor des Amtsgerichts Laufen, Dr. Klaus Hellenschmidt, zu begrüßen. Albert Dirnberger berichtete über die Ergebnisse des Delegiertentages in Wildbad Kreuth und die Arbeit des Bezirksverbandes. Noch immer sind die Rechtspfleger besorgt über Bestrebungen, die Aufgaben der Nachlassgerichte erster Instanz auf Notare zu übertragen; kritisch wird auch die erstrebte Einrichtung eines Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer gesehen.



v.l. Stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Benischke, Landgerichtspräsident Dr. Rupert Stadler, Bezirksvorsitzender Albert Dirnberger und Ministerialrat Andreas Zwerger

Ministerialrat Zwerger, der Personalreferent des Ministeriums, informierte die Versammlung über die wesentlichen Eckpunkte der inzwischen verabschiedeten Dienstrechtsreform, die auf alle Beamte des Freistaats Auswirkungen haben wird. Durch die Schaffung einer einheitlichen Leistungslaufbahn sei eine Änderung der Amtsbezeichnungen notwendig geworden. Statt „Justiz-“ oder „Regierungs-“ wird künftig von allen Rechtspflegern der Zusatz „Rechtspflege-“ geführt. Es wurde betont, dass dadurch die Rechtspfleger, welche in sachlicher Unabhängigkeit in vielen Bereichen des täglichen Lebens entscheiden und damit eine tragende Säule der Justiz darstellen, ihrer Bedeutung entsprechend gestärkt werden.

Auch zur Übertragung der Nachlasssachen nahm Ministerialrat Zwerger Stellung. Er wies darauf hin, dass die Frage, ob von einer etwaigen Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht wird zu gegebener Zeit durch den Landesgesetzgeber zu entscheiden sein wird. Weiter hob der Ministerialrat hervor, dass das Problem fehlender Rechtspflegerstellen im Ministerium durchaus erkannt worden sei. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage gestalten sich jedoch die Haushaltsverhandlungen schwierig.

Der Landgerichtspräsident Dr. Stadler bedankte sich für seine Einladung, der er sehr gerne nachgekommen sei. Als alter Freund der Rechtspfleger wisse er um deren qualitativ wie quantitativ geleistete hervorragende Arbeit. Hiervon habe er sich bei seinen Antrittsbesuchen bei allen Amtsgerichten im ohne Zweifel „schönsten Landgerichtsbezirks Deutschlands“ erneut überzeugen können, hob der Präsident des Landgerichts hervor. Die Rechtspfleger werden mit ihren Anliegen bei ihm immer Gehör finden.

Zum Abschluss wurden die Kollegen Franz Blaschke aus Laufen, Wolfgang Eder aus Altötting und Michael Kleeberger aus Rosenheim für ihre mehr als 50jährige Mitgliedschaft im Verband Bayerischer Rechtspfleger geehrt. Der Bezirksvorsitzende Dirnberger dankte ihnen sehr herzlich für ihre beispielhafte Verbundenheit, die eine erfolgreiche Verbandsarbeit dauerhaft erst möglich macht. Den Jubilaren wurden Ehrenurkunden und Ehrenzeichen des Beamtenbundes ausgehändigt. Michael Kleeberger, seit 01.01.1956 im Verband und damit „ältestes“ Mitglied, sowie Franz Blaschke sind übrigens Träger der Justizmedaille, mit der nur Personen ausgezeichnet werden, die sich besondere Verdienste um die bayerische Justiz erworben haben.

Nach Beendigung lud das schöne Wetter noch zu einem gemütlichen Ausklang im Biergarten ein.

BV Traunstein

„Gemeinsame Liste Justiz“ auch bei Personalratswahlen 2011

Bei den Personalratswahlen im Jahr 2011 – Wahltermin: 17. Mai 2011 - wird es wieder eine „Gemeinsame Liste Justiz“ geben, auf der neben Rechtspflegern auch Kandidaten aus den Reihen der Justizfachwirte, der Justizwachtmeister, sowie der Beschäftigten aus dem Tarifbereich um die Wählerstimmen werben werden.

Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten Peter Hofmann (VBR) und Hans-Joachim Freytag (BJG). Hans-Joachim Freytag stellte die Vereinbarung als Ausdruck vieler Gemeinsamkeiten dar, was die Zielsetzungen der Personalratsarbeit angeht.

„Es seien nicht allzu viele Kolleginnen oder Kollegen bereit und engagiert, sich für die Belange der Mitarbeiter ihrer Behörde oder auch in einem übergeordneten Gremium einzusetzen, weshalb es gilt, gemeinsame Kräfte zu bündeln“, ergänzte Peter Hofmann (VBR).

Die Aufstellung der Bewerberliste wird in der Regel vom Personalrat an der einzelnen Justizbehörde vorgenommen. Die Listen der Kandidaten für die Wahl zu den 3 Bezirks- bzw. zum Hauptpersonalrat, werden von beiden Verbänden gemeinsam erstellt.

Beide Landesvorsitzenden riefen dazu auf, schon jetzt mögliche Kandidaten anzusprechen und auch selbst zu kandidieren. Vordruckte Zustimmungserklärungen halten die örtlichen Ansprechpartner der Verbände bereit. Besonders betont wurde, dass auch Bedienstete die keinem Verband angehören, gerne mit in die Listen aufgenommen werden.

Peter Hofmann

BV Landshut zur Fortbildung im Vermessungsamt Freising

Am 22.06.2010 machten sich mehrere Kolleginnen und Kollegen des Bezirksverbandes Landshut im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung auf den Weg in die Domstadt Freising zum dortigen Vermessungsamt.

Dort wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Leiter des Vermessungsamtes Freising Dr. Stockwald herzlich begrüßt.

Dr. Stockwald erläuterte die historischen Grundlagen der Vermessung in Bayern.

Eine der ersten Darstellungen bayerischen Gebietes enthielt demnach die römische Straßenkarte Tabula Peutingeriana (Urfassung: 4. Jahrhundert). Hier waren vier Routen vermerkt, von denen sich drei in Augsburg verbanden. Die Platzierung der Objekte war noch vage.

Die 1523 entstandene Karte des bayerischen Geschichtsschreibers Johann Turmair aus Abensberg, besser bekannt als Aventinus, war die erste topographische Karte des damaligen Bayern.

Wenig später, im Jahre 1554, ordnete Herzog Albrecht V. von Bayern eine "Landes-Mappirung" an und beauftragte damit den Mathematiker, Astronomen und Kartographen Philipp Apian.

Für diese Arbeit, die auf exakten Vermessungen beruhte, führte Apian sieben Jahre lang in verschiedenen Gegenden des Landes astronomische Längen- und Ortsbestimmungen durch. In Apians "Landtafeln" bilden die Flusstäler das geometrische Gerüst für Siedlungen, Berge, Seen, Wälder, Sümpfe usw.

Die Landtafeln blieben bis zur Schaffung des Topographischen Atlas von Bayern (begonnen 1812, beendet 1867 durch das Topographische Bureau) das offizielle Kartenwerk Altbayerns.

Das Topographische Bureau begann sofort damit, eine Basisstrecke zwischen München und Aufkirchen zu messen. Die

Länge der direkt gemessenen Linie beläuft sich auf 21.653,8 Meter. Heutige Messungen mit modernen Instrumenten ergaben eine Abweichung von nur etwa 70 Zentimeter, das entspricht einem Fehler von nur 3 Zentimeter auf 1 Kilometer der gemessenen Grundlinie.

Anfangs- und Endpunkt der Basislinie können noch heute als steinerne Zeugen in München-Oberföhring und Aufkirchen bei Erding besichtigt werden (Basispyramiden).

Der nördliche Turm der Münchener Frauenkirche wurde als Nullpunkt der Bayerischen Landesvermessung gewählt. Von ihm aus überzog ein Dreiecksnetz von Fixpunkten ganz Bayern mit der damals dazugehörenden Rheinpfalz. Noch heute bildet der nördliche Turm der Münchener Frauenkirche den Ausgangspunkt für die Blatteinteilung der bayerischen Flurkarten (Katasterkarten).

1808 ordnete König Max I. für ganz Bayern die Vermessung aller Grundstücke an. Ziel war es, eine gerechte und einheitliche Besteuerung zu erreichen.

Die Vermessung und Kartierung der über 21 Millionen Grundstücke erfolgte graphisch auf dem Messtisch im Freien. Insgesamt entstanden von 1808 bis 1864 über 23.000 Messtisch- bzw. Uraufnahmeblätter.

Im Anschluss an die Ausführungen wurde den Kolleginnen und Kollegen bei einer Außendienstvorführung der Ablauf des Meßverfahrens vor Ort gezeigt.

Die verschiedenen Aufgaben des Vermessungsamtes und der technische Ablauf wurden angesprochen und dargelegt.

Dabei wurden auf dem Parkplatz des Vermessungsamtes Freising neue Meßpunkte festgelegt und eingemessen.

Dr. Stockwald zeigte dann noch den Wandel des Vermessungsamtes hin zu einem modernen Dienstleister auf, der dem Bürger und den Unternehmen verschiedene digitalisierte Produkte (z.B. 3D-Gebäudemodell) anbieten kann.

Derzeit wird intensiv an ALKIS® gearbeitet. Dieses ist das bundeseinheitliche Da-

tenmodell, welches zukünftig die fachliche Grundlage für Inhalt und Aufbau des Liegenschaftskatasters liefert. ALKIS® wird nach derzeitigem Planungsstand in der 2. Jahreshälfte des Jahres 2011 beginnend sukzessive an den Vermessungsämtern Bayerns eingeführt werden.

Im Anschluss daran erläuterten Herr Brunner vom Vermessungsamt, sowie Herr Haslbeck vom Amtsgericht das sogenannte Freisinger Modell der Zusammenarbeit zwischen den Notaren, sowie dem Grundbuch- und Vermessungsamt. Dieses Modell wurde in Freising unter enger Absprache und Kooperation der Beteiligten entwickelt. Es wird zwischenzeitlich von nahezu allen bayerischen Grundbuch- und Vermessungsämtern in dieser Form praktiziert.

Die Fortbildungsveranstaltung wurde abgerundet mit einer Führung durch das Freisinger Amtsgericht, welches einige Besonderheiten aufweist. So gibt es in diesem Gericht eine Kapelle und einen Turm, von dem man eine wunderbare Aussicht genießen kann.

Zu guter Letzt ergab sich für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit einer Führung durch den großartigen Freisinger Mariendom. Der Dom war Kathedrale und Bischofssitz des früheren Bistums Freising, bevor das Bistum 1821 als Erzbistum München und Freising nach München verlegt und der Liebfrauentempel zur Kathedrale erhoben wurde.

Auf Betreiben des früheren Erzbischofs von München und Freising Joseph Kardinal Ratzinger, des heutigen Papstes Benedikt XVI., hat er den Rang einer Konkathedrale. Hier finden die Priesterweihen des heutigen Erzbistums statt. Der zweite Patron der Kirche, der Heilige Korbinian, ist auch gleichzeitig der Schutzpatron der Stadt Freising und des Erzbistums München und Freising.

Beeindruckt von den großartigen Impressionen die der renovierte Dom bietet, wurde nach dieser gelungenen Fortbildungsveranstaltung die Heimreise nach Landshut angetreten.

Fritz Zierer

In dieser und den folgenden Ausgaben stellen sich die beim Delegiertentag 2010 gewählten Vorstandsmitglieder den Vorstandsmitgliedern kurz vor.



Heute:

Christine Hofstetter: Schriftführerin

Ich heiße Christine Hofstetter und bin Rechtspflegerin in Zivilsachen am Landgericht Würzburg (derzeit allerdings zu Teilen abgeordnet an das Betreuungsgericht Würzburg – *aktuell bis Ende November 2010*). Nach der Rechtspflegerprüfung 1999 war ich am Amtsgericht Obernburg am Main sowie am Land- und Amtsgericht Würzburg in verschiedenen Abteilungen tätig.

Seit 2005 arbeite ich im Landesvorstand als Schriftführerin mit und bin stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Würzburg.

Außerdem wurde ich in den Hauptpersonalrat und in den Bezirkspersonalrat am Oberlandesgericht Bamberg gewählt, dessen Vorsitzende ich bin.

Auch privat bin ich gerne unterwegs oder ich versuche als Gästeführerin, Besucher meiner Heimatstadt Würzburg von ihrer Schönheit zu begeistern.

Neujahrsrätsel 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch dieses Jahr startet der Verband bayerischer Rechtspfleger e.V. ein Preisrätsel. Herr Dr. Schleicher vom GieseKing Verlag hat entgegenkommenderweise wieder fünf hochwertige und aktuelle Kommentare als Gewinne zur Verfügung gestellt. Besonders interessant sind natürlich der brandneue FamFG-Kommentar und der druckfrische Kommentar zum Rechtspflegergesetz. Folgende Preise sind daher zu gewinnen:

1. Preis:
Bork/Jacoby/Schwab, FamFG, Kommentar
2. Preis:
Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Rellermeyer/Hintzen, RPfIG, 7. Aufl.
3. Preis:
Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/Rellermeyer, ZVG, 13. Aufl.
4. und 5. Preis:
v. König/Bischof, Kosten in Familiensachen

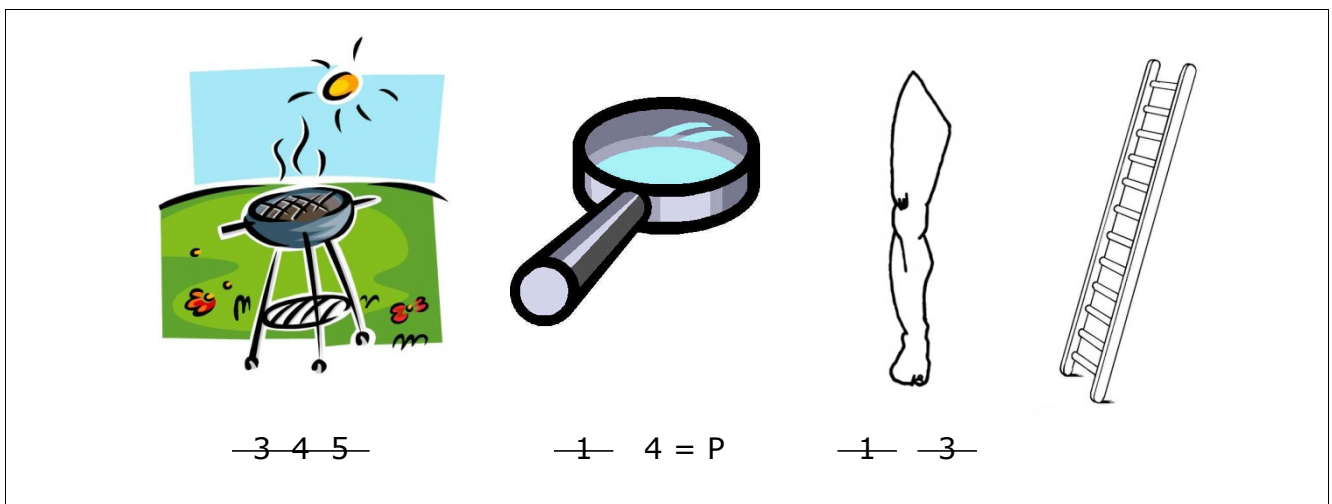
Dafür bereits jetzt ein herzliches Dankeschön!!!!

Teilnahmebedingungen sind folgende:

- ◆ Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. mit Ausnahme der Schriftleiterin des Kuriers.
- ◆ An der Verlosung nimmt jede richtige Lösung teil, die bis zum Einsendeschluss bei der Schriftleiterin des Kuriers schriftlich eingeht (per Brief: Daniela Woite, AG München, Abt. 15, Infanteriestr. 5, 80315 München oder per e-mail: Daniela.Woite@ag-m.bayern.de)
- ◆ Der Gewinner wird namentlich in einem Folgekurier bekannt gegeben (Das Risiko, Anfragen von Kollegen aus ganz Bayern zu erhalten mit der dringenden Bitte um Auskunft aus dem gewonnenen Kommentar, ist leider einzugehen.)
- ◆ Einsendeschluss ist der 15.02.2011

Wie geht's?

Einfach das folgende Bilderrätsel lösen, mitmachen und gewinnen.



Diverses

◆ Laut Mitteilung des statistischen Landesamts meldeten die deutschen Amtsgerichte im April 2010 2.794 Unternehmensinsolvenzen und 8.779 Verbraucherinsolvenzen. Damit sind die Unternehmensinsolvenzen um 6,2% zum Vorjahresmonat gesunken und die Verbraucherinsolvenzen um 6,4% gestiegen. Die offenen Forderungen werden für April 2010 mit 5,8 Mrd. Euro und für April 2009 mit 3,4 Mrd. Euro beziffert.

◆ Am 14.08.2010 ist im Alter von 94 Jahren ist unser Kollege Hermann Wein-

zierl aus Nürnberg verstorben. Er war in den siebziger Jahren lange Jahre 3. Vorsitzender des Landesverbands.

◆ Auf dem Kongress der Europäischen Union der Rechtspfleger (E.U.R.) im September 2010 in Italien wurde Thomas Kappl erneut zum Präsidenten der E.U.R. gewählt. Ebenso wurde Adelheid Hell in ihrem Amt als Generalsekretärin bestätigt. Manila Harder wurde zur Schatzmeisterin gewählt und löst Harald Wilsch ab, der aus familiären Gründen nicht mehr zur Verfügung stand. Der Verband Bayerischer Rechtspfleger gratuliert recht herzlich und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, dass sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.